



Die unterzeichneten Bezirksrät*innen von LINKS-KPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 22. Juni 2023 nachstehenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für einen sofortigen Stopp aller Mieterhöhungen aus.

Begründung

Die Wohnkosten explodieren. Im Juli droht der nächste Miet-Preisschub bei den Kategoriemieten. Insgesamt sind die Kategoriemieten dann innerhalb von 15 Monaten fasst um 25 % gestiegen.

Mehr als die Hälfte aller privaten Mietwohnungen unterliegt dem Mietrechtsgesetz nur zum Teil und hat praktisch überhaupt keine Preisgrenzen. Bei diesen freien Mieten gilt die Vereinbarung im Mietvertrag - und in praktisch allen Verträgen ist der Mietzins mit dem Verbraucherpreisindex verknüpft. Die rasant steigenden Wohn- und Mietkosten sind ein Inflationstreiber. Die Inflation erhöht wiederum die Mietkosten – diese Spirale gilt es zu durchbrechen.

Der Wohnkostenzuschuss anstelle einer Mietenbremse verpufft – wie alle ExpertInnen auch kundtun - und landet auf den Konten der Immobilienbesitzer. Seit Beginn 2019 zahlen wir durchschnittlich fast zwei Monatsmieten mehr im Jahr.

Für die meisten Menschen sind Mieten der größte Brocken ihrer Ausgaben. Eine leistbare Wohnung zu finden ist zum Glücksspiel geworden. So kann es nicht weitergehen. Die Mieter:innen müssen dringend entlastet werden.

Das österreichische Mietrecht kennt mit dem Richtwert bereits einen Deckel. Dieser gilt aber für immer weniger Wohnungen am Markt. Alle Mieterinnen und Mieter verdienen einen Schutz gegen horrende Mietkosten. Ein Mietendeckel für ganz Österreich ist unserer Meinung nach notwendig.

Es ist zu hoffen, dass die nächste Regierung das Problem der explodierenden Wohnkosten lösen will. Bis eine große, längst überfällige Mietrechtsreform kommt, sollen weitere Mieterhöhungen gesetzlich verhindert werden.